

Evangelische Verantwortung

Zweigeteilte Welt – wie bringen wir Nord und Süd zusammen?

Hartwig Fischer MdB

Unter „zweigeteilte Welt“ verstehen wir den „reichen Norden“ mit seinen hoch entwickelten Industriestaaten und die so genannten „Entwicklungsländer“ im Süden.

„Entwicklungsländer“ sind Länder, in denen für die Lebensqualität von Menschen gravierende Defizite vorhanden sind. Dabei möchte ich nicht



„Noch heute ist in großen Teilen des schwarzen Kontinentes, trotz international geleisteter Entwicklungszusammenarbeit, keine signifikante Besserung der sozialen und ökonomischen Lage zu verzeichnen.“

versäumen darauf hinzuweisen, dass viele so genannte „Entwicklungsländer“ auf jahrtausende- oder jahrhundertalte Hochkulturen zurückblicken können.

Statt des Begriffs „Entwicklungsländer“ wird heute, synonym und wertneutral, der Terminus „Dritte Welt“ benutzt. Dieser wurde auf der Welthandelskonferenz 1964 geprägt, als sich eine Gruppe von 77 „armen Ländern“ zusammenschloss, um sich besser gegenüber dem „reichen“ Norden durchsetzen zu können.

Der Begriff „Dritte Welt“ ist als politischer Begriff zu werten und zeigt damit die Abgrenzung der blockfreien Staaten gegenüber der „Ersten Welt“, den westlichen Industrieländern und der „Zweiten Welt“, den kommunistischen Staaten mit sozialistischer Planwirtschaft. Mit Beginn des Zusammenbruchs des Ostblocks und einer Entschärfung des Ost-West-Konfliktes ist das politische Kriterium der Blockfreiheit überholt, der Terminus „Dritte Welt“ ist aber weiterhin gebräuchlich.

Im September 2000 unterzeichneten Regierungschefs von ca. 190 Ländern in New York die UN-Millenniumserklärung mit acht Millenniums-Zielen (MDGs), um die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen, vor allem in der „Dritten Welt“, bis zum Jahre 2015 zu verbessern. Aufgabe des UN-Generalsekretärs ist es, jährlich einen Bericht über die Umsetzung dieser Ziele zu erstatten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich, resultierend aus der Beteiligung an den UN-Millenniums-Zielen, mit einem nationalen „Aktionsprogramm 2015“ eingebracht.

Nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik, auch die Entwicklungspolitik ist ein Instrument, um den Terrorismus zu bekämpfen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Was ist christlich-demokratisch?	7
Evangelisches Leserforum	13
Aus unserer Arbeit	14

Dieses Programm zeigt 10 Punkte auf, die darauf ausgerichtet sind, direkt und nachhaltig anzusetzen, und sie sind mir so wichtig, dass ich Sie Ihnen präsentieren möchte:

1. Die wirtschaftliche Dynamik und die aktive Beteiligung der Armen erhöhen,
2. das Recht auf Nahrung verwirklichen und Agrar-Reformen durchführen,
3. faire Handelschancen für die Entwicklungsländer schaffen,
4. Verschuldung abbauen und Entwicklung finanzieren,
5. soziale Grunddienste gewährleisten und soziale Sicherheit stärken,
6. Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen sichern und eine intakte Umwelt fördern,
7. Menschenrecht verwirklichen und die Kernarbeitsnormen respektieren,
8. Gleichberechtigung der Geschlechter fördern,
9. die Beteiligung der Armen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben sichern und verantwortungsvolle Regierungsführung stärken,
10. Konflikte friedlich austragen und menschliche Sicherheit und Abrüstung fördern.

Von zehn afrikanischen Kindern können nur sechs eine Grundschule besuchen. Statt über Bildung eine Chance zu erhalten, werden Kinder verschleppt und als Kindersoldaten zum Töten gezwungen.

Der letzte Punkt tangiert, im Hinblick auf die Ereignisse des 11. Septembers 2001, auch uns in der Bundesrepublik. Denn nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik, auch die Entwicklungspolitik ist ein Instrument, um den Terrorismus zu bekämpfen. Dies geschieht über einen gezielten und nachhaltigen Einsatz von Entwicklungshilfe, vor allem, um die Voraussetzungen für den Aufbau von funktionierenden Staats- und Gesellschaftsgefügen zu schaffen.

In Ländern der „Dritten Welt“, in denen ein wirtschaftlicher Aufschwung bei gleichzeitigem Kampf gegen die Korruption zu verzeichnen ist, in denen Demokratisierungsprozesse auf einem guten Weg sind und damit der Tatbestand des „Good Governance“ zu verzeichnen ist, sind Rekrutierungsversuche der Terroristen schwieriger. Menschen, denen sich im wirtschaftlichen und sozialen Bereich Perspektiven bieten, werden den Verlockungen und Versprechungen widerstehen, sich als Terrorist anwerben zu lassen.

Das bedeutet, dass der sicherheitspolitische Aspekt bei dem gezielten Einsatz von Entwicklungszusammenarbeit für die Bundesrepublik Deutschland eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Darüber hinaus unterstützt die Bundesrepublik finanziell die Friedensmissionen der Vereinten Nationen, wobei mehr als zwei Drittel dieses „Peacekeeping-Budgets“ der UNO auf den schwarzen Kontinent fließen.

Ein weiteres Problem der Entwicklungsländer ist die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung, die von Bassam Tibi zugespitzt als „demographische Bombe“ bezeichnet wird. Es ist deshalb von großem Interesse für die Industriestaaten, Anstrengungen zu unternehmen, um diesem fatalen Kreislauf aus Überbevölkerung und Armut und dem daraus resultierenden und sich weiter verschärfenden Migrationsdruck Einhalt zu gebieten. Das bedeutet, dass neben Entwicklungshilfeprojekten auch das Thema „Familienplanung“ einen hohen Stellenwert hat. Hier leistet z. B. die 1991 in Hannover gegründete „Deutsche Stiftung Weltbevölkerung“ Hervorragendes.

In diesem Zusammenhang muss auch über Krankheiten wie Malaria, Tbc und AIDS gesprochen werden, die mehr und mehr zu einem wirtschaftlichen Problem werden. In den Ländern der Dritten Welt und hier besonders in Afrika sterben täglich Tausende an diesen Krankheiten, weil eine entsprechende medizinische Versorgung schon aus finanziellen Gründen nicht gewährleistet ist.

Bevor ich auf die zwei Komponenten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingehe, möchte ich über den Teil der „Dritten Welt“ sprechen, den ich am besten kenne und für den ich in meiner Fraktion im Deutschen Bundestag Berichterstatter bin, über den afrikanischen Kontinent. Es ist besorgniserregend: Noch heute ist in großen Teilen des schwarzen Kontinents trotz international geleisteter Entwicklungszusammenarbeit keine signifikante Besserung der sozialen und ökonomischen Lage zu verzeichnen. Im Oktober letzten Jahres stellte die EU-Kommission fest, dass auch heute noch 40% der Bewohner Afrikas mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen müssen.

Bedingt durch kriegerische Auseinandersetzungen (jeder fünfte Bewohner des afrikanischen Kontinentes lebt in einem Land mit kriegerischen Konflikten) haben wir in Afrika 4,2 Millionen Flüchtlinge zu verzeichnen. Diese bleiben aber zu meist auf dem Kontinent und suchen als Binnenflüchtlinge in angrenzenden Ländern Zuflucht.

Von zehn afrikanischen Kindern können nur sechs eine Grundschule besuchen. Statt über Bildung eine Chance zu erhalten, werden Kinder verschleppt und als Kindersoldaten zum Töten gezwungen. Diese missbrauchten und traumatisierten Kinder in ein „normales Leben“ zurückzuführen, ist ein langwieriger Prozess, der nur über eine psychologische Betreuung erreichbar ist.

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei ihrem **Besuch in China** hat unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sich zur Anwältin der Menschenrechte gemacht. Anders als die in diesem Punkt höchst indifferente Vorgängerregierung scheute sie sich nicht, dieses wichtige Thema offen anzusprechen und damit der deutschen wie internationalen Politik des Schutzes der Menschenwürde eine gewichtige Stimme zu verleihen sowie die christlich fundierten Überzeugungen der CDU zu vertreten.

Unsere Bundeskanzlerin bezeichnete im Gespräch mit der chinesischen Staats- und Parteiführung die **Menschenrechte** als unteilbar und als wichtigen Teil der Kooperation Deutschlands mit China. Beispielhaft kritisierte sie neben weiteren Punkten die chinesische Praxis der Lagerhaft ohne Gerichtsurteil, die begrenzte Religionsfreiheit vor allem in Tibet, und warb in diesem Zusammenhang auch für einen Dialog mit dem Dalai Lama. Besonders hervorzuheben ist, dass Angela Merkel während ihres Besuchs auch regierungsunabhängige Aktivisten traf. Ferner kündigte sie an, das Thema der Menschenrechte auch in Zukunft immer wieder anzusprechen, und machte mit ihrem Vorgehen einmal mehr deutlich, dass gerade auch in der Frage der Menschenrechte Politik aus christlicher Verantwortung konkret und greifbar werden muss.

In der Diskussion um die sogenannten No-go-Areas, die die Äußerung des früheren Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye ausgelöst hat, gilt es, in mehrerlei Hinsicht Vorsicht walten zu lassen. In wenigen Tagen beginnt die **Fußballweltmeisterschaft** unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“, und es muss alles dafür getan werden, dass jeder Mensch sich in unserem Land ebenso willkommen wie vor allem sicher fühlen kann. Vor diesem Hintergrund alarmieren die Daten des Verfassungsschutzes, dass die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten und Gewalttaten deutlich gestiegen sei, und zwar um 23,5 %. Dabei liegen Sachsen-Anhalt und Brandenburg beim Verhältnis rechter Gewalttaten zur Bevölkerungszahl im Ländervergleich vorn.

Trotz dieser erschreckenden Entwicklung ist dem Generalverdacht, unter den die neuen Bundesländer im Zusammenhang mit rechter Gewalt immer wieder geraten, entschieden entgegenzutreten. Es darf in Deutschland keine rechtsfreien Räume geben, in denen das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt wäre, und es gibt sie in diesem Sinne auch nicht.

Doch der Anstieg extremer Gewalt ist gleichwohl äußerst besorgniserregend, und entschlossene Maßnahmen sind dringend erforderlich, um hier einen Riegel vorzuschieben.

Gesellschaft und Politik – und darin insbesondere auch die christlichen Kräfte – sind aufgerufen, sich dem Rechtsextremismus zu widersetzen, wo und wie auch immer er ihnen begegnet. Dumpfes rechtsradikales Gedankengut hat in unserer Gesellschaft keinen Ort, und es darf an dieser Stelle auch keine Toleranz gegenüber dem in dieser Richtung „Anders-Denkenden“ geben!

Gemeinschaft, Kommunikation und gegenseitiger Respekt sind das beste Mittel, um fremdenfeindlichen Strömungen gar nicht erst einen Nährboden zu bieten. Möge die WM in Deutschland mit schönen Spielen, guter Stimmung und sportlicher Fairness ein Zeichen der Völkerverständigung werden.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel MdB
(Bundevorsitzender des EAK der CDU/CSU)



Möge die WM in Deutschland mit schönen Spielen, guter Stimmung und sportlicher Fairness ein Zeichen der Völkerverständigung werden.

Ähnlich schwierig gestaltet sich auch in vielen Ländern Afrikas nach Kriegsende und Waffenstillstand die Reintegration von Milizen.

Aber Afrika ist ein Kontinent, der trotz kriegerischer Konflikte, Genoziden, Korruption und unglaublichen Armutsdimensionen im Wandel begriffen ist. Deshalb ist es mir sehr wichtig, dass, neben den Katastrophenmeldungen, auch positive Fortschritte des schwarzen Kontinents dargestellt werden müssen. Es ist ein langer Transformationsprozess, in den der afrikanische Kontinent eingebunden ist, aber die positiven Ansätze sind hervorzuheben und zu würdigen.

Es gibt sie, die dringend notwendigen Reformbemühungen, und es gibt Afrikaner mit Visionen, die, auch gegen Widerstände, die interparlamentarische und die wirtschaftliche Kooperation zum Wohle des schwarzen Kontinents vorantreiben. Im Jahre 2002 wurde mit der zwischenstaatlichen Organisation der „Afrikanischen Union“ (AU), als Nachfolgeorganisation der 1963 gegründeten „Organisation Afrikanische Einheit“ (OAE), eine Organisation gegründet, die sich unter anderem „die Förderung der afrikanischen Einheit auf allen Gebieten, die Verwirklichung von demokratischen Grundsätzen, Menschenrechten und guter Regierungsführung sowie Frieden, Sicherheit und Stabilität“ (Art. 3) auf die Fahnen geschrieben hat.

Trotz der seit 1986 in Kraft getretenen „Afrikanischen Charta der Rechte des Menschen und der Völker“, der so genannten „Banjul-Charta“ (Gambia), und des geplanten „Afrikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte“, ist es noch ein weiter Weg zur wirklichen Durchsetzung der gesteckten Ziele. Wichtig ist aber, dass diese Prozesse, die nach Anstößen von außen begannen, eine mehr oder weniger schnelle Eigendynamik auf dem schwarzen Kontinent entwickeln und damit Anlass zu Hoffungen geben. Es sind die jungen und gut ausgebildeten afrikanischen Akademiker und Akademikerinnen, die initiativ werden, die

sich im Heimatland und im Ausland zusammengeschlossen haben, um die Weiterentwicklung zu mehr Demokratie und Wohlstand in ihren Heimatländern zu forcieren. Deshalb unterstütze ich z.B. auch junge afrikanische Akademiker, die als Mitglieder der 2002 gegründeten Reform-Organisation NEPAD (New Partnership for Africa's Development) mit Hauptsitz in Port Elizabeth/SA, in meinem Wahlkreis ein „Europa-Büro“ eröffnen wollen. Eines ihrer wichtigen Ziele ist es, die Kooperation zwischen den afrikanischen Staaten und den Industrie-Nationen und damit auch Deutschland zu fördern – ein Ziel, das auch ich in meiner Arbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und über Einladungen von afrikanischen Entscheidungsträgern in meinen Wahlkreis verfolge.

Das deutsch-afrikanische Handelsvolumen betrug 2004 24 Milliarden Euro und entspricht damit weniger als 2 % des Außenhandels. Auch im Gesamtvergleich der deutschen Auslandsinvestitionen liegt der Kontinent Afrika nur bei 0,15 % und ist damit weit abgeschlagen hinter Großbritannien, Frankreich, den USA und Japan. Wie schwierig es für die Länder der Dritten Welt ist, im internationalen Handel mithalten zu können, zeigen die Ergebnisse der Welthandelsgespräche in Hongkong. Die Verhandlungen der westlichen Industriestaaten mit den Staaten der Dritten Welt haben sich bei dieser Konferenz wiederum als außerordentlich zäh erwiesen. Entscheidungsträger der Dritten Welt, aber auch Wissenschaftler der Industriestaaten bemängeln, dass auch nach Umsetzung des WTO-Kompromisses der Zugang zu den Handelsplätzen der wohlhabenden Länder für die Entwicklungsländer immer noch zu gering sei. Den Forderungen der Länder der Dritten Welt nach dem Abbau z.B. der Agrar-Exportsubventionen der reichen Länder steht das Angebot einer schrittweisen Reduzierung bis 2013 gegenüber. Die Diskrepanz kann nicht größer sein: Ein Baumwollfarmer in Mali verdient im Jahr knapp



Seit Dezember 2005 haben insgesamt 244 Leserinnen und Leser 11.017,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

200 US-Dollar, ein amerikanischer Baumwollfarmer dagegen, dank staatlicher Subventionen, 126.000 US-Dollar! Der Weg zu einem veränderten und gerechteren globalen Handel ist also steinig und von Egoismus und Eifersüchteleien der Staaten untereinander geprägt.

Als rohstoffreicher Kontinent hat Afrika ein Pfund, mit dem es wuchern kann, und damit ein großes Entwicklungspotential. Es sind diese Rohstoffe, auf die wir in Europa dringend angewiesen sind. Es muss aber, parallel dazu, über eine Stabilisierung des Umfeldes sichergestellt werden, dass die Rohstoffträge nicht in falsche, z. B. paramilitärische Hände geraten. Denn nur im partnerschaftlichen Verhältnis mit gut geführten Regierungen (Good Governance) in Afrika werden Afrika und Deutschland von der Wertschöpfung gleichermaßen profitieren können.

Wie schwierig die Gradwanderung ist zwischen dem, was anzustreben ist, und dem, was in der Realität geschieht, zeigt uns Nigeria. Nigeria als der 6. größte Öl-Exporteur der Welt ist eines der Länder, das in einem wirtschaftlichen Aufschwung steht, und man spricht von der „New Economy“ Nigerias. Schätzungsweise 300 Mrd. US-Dollar sind über das Öl in das Land geflossen. Trotzdem herrscht aufgrund von Korruption große Armut und Hunger. Nur dann, wenn die Regierung den Kampf gegen die Korruption gewinnt, kann die gesamte Bevölkerung des Landes an den Erlösen des Öls partizipieren.

Es bewegt sich etwas in Afrika; die Akteure kommen selbst aus den Entwicklungsländern, sie sind mit den herrschenden Verhältnissen vertraut. Sie wollen über ihre zum Teil akademische Ausbildung, die sie im Ausland genossen haben, ihrem Heimatland gegenüber Verantwortung zeigen und etwas zurückgeben. Sie bringen, und dies ist wichtig für die Transformationsprozesse, neue Impulse und neue Kenntnisse mit. Jetzt ist es an uns, diese Reformbewegungen zu begleiten und zu unterstützen. Bilaterale und internationale Entschuldungsabkommen halfen, die ärmsten Länder vor allem Afrikas zumindest kurzfristig zu entlasten und ihnen neue Perspektiven zu geben. Aber trotzdem: Die „Dritte Welt“ ist immer noch, um mit dem Norden „zusammenzukommen“, wie es in der Zusatzüberschrift heißt, auf unsere Hilfe angewiesen.

Die deutsche Entwicklungshilfe steht auf zwei Füßen: Wir haben einerseits die Entwicklungszusammenarbeit, die vom deutschen Staat initiiert

und organisiert und aus dem Bundeshaushalt finanziert wird, wobei alle Vorhaben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit in detailliert aufgeführten und völkerrechtlich bindenden Verträgen beschrieben sind und diese direkt mit den Regierungen der zu fördernden Länder abgeschlossen werden. Die Bundesregierung wiederum delegiert die Realisierung der Projekte an Durchführungsorganisationen. Fünf Kriterien sind es, nach denen das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit „Partnerländer“ beurteilt, und die ausschlaggebend für die Gewährung von Entwicklungszusammenarbeit sind:

- Achtung der Menschenrechte,
- Beteiligung der Bevölkerung,
- Rechtsstaatlichkeit und Gewährleistung von Rechtssicherheit,
- Schaffung einer marktfreundlichen und sozialorientierten Wirtschaftsordnung,
- Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns.

Es hat einen Prozess des Umdenkens in der deutschen Entwicklungshilfepolitik gegeben. Das BMZ verfolgt jetzt, anders als in den 90er Jahren, eine Politik der „Schwerpunktsetzung“, d.h. eine Konzentration auf weniger Partnerstaaten. Nachdem einige Partner keine Förderung mehr bekommen, erhalten „Partnerländer“ nur noch in einem Sektor Unterstützung, die „Schwerpunktpartner-Länder“ in drei Sektoren. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung fordert der Abschnitt über die Entwicklungspolitik „eine Steigerung der Kohärenz“ sowie eine „effizientere Gestaltung der bilateralen und multilateralen Organisationsstrukturen“, um eine bessere Koordination auch der einzelnen Akteure der deutschen Entwicklungshilfe zu erreichen.

Andererseits gibt es die Entwicklungszusammenarbeit der nichtstaatlichen Organisationen, die eigenverantwortlich gestaltet und durchgeführt wird. Hierzu zählen z.B. auch die Kirchen, Stiftungen oder private Initiatoren. Die Finanzierung dieser Entwicklungszusammenarbeit geschieht über eigene Leistungen, aber auch über staatliche Zuschüsse, ohne, und das ist wichtig, ihre Eigenständigkeit zu verlieren.

Da sich Wissensdefizite für die Wirtschaft eines Landes immer negativ auswirken, ist der Schlüssel für eine prosperierende Entwicklung eines Landes die Entwicklung menschlicher Ressourcen, also die Bildung. Seit jeher ist es Ziel der deutschen Entwicklungshilfe gewesen, die Bildung und Ausbildung in Ländern der „Dritten

Der Weg zu einem veränderten und gerechteren globalen Handel ist also steinig und von Egoismus und Eifersüchteleien der Staaten untereinander geprägt.

Welt“ zu fördern. Aber auch viele afrikanische Länder unternehmen große Anstrengungen, diese Defizite auszugleichen und somit nicht nur den wohlhabenden, sondern auch den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten die Möglichkeiten der schulischen Aus- und Weiterbildung zu kommen zu lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen mit Südafrika hinweisen. Südafrika hat, zum Teil projektbezogen, unser duales Ausbildungsprogramm übernommen.

Über Studenten, die mittels eines Stipendiums an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden, geschieht ein Wissenstransfer von Deutschland in die Länder der „Dritten Welt“. Viele dieser Hochschulabsolventen entscheiden sich nach der Rückkehr in ihr Heimatland für die Selbständigkeit und nutzen die Kontakte, die zum Teil während des Studiums in Deutschland geknüpft wurden, für ihre Unternehmen. Außerdem importieren sie deutsche Geräte, mit denen sie für den heimischen Markt produzieren. Es ist an uns, diese Projekte und kleinen mittelständischen Unternehmen zu unterstützen und den afrikanischen Markt nicht China und Indien zu überlassen.

Entwicklungszusammenarbeit kann, wenn die Rahmenbedingungen wie zum Beispiel „Good Governance“, die Anerkennung der Menschenrechte, der Kampf gegen die Korruption und vor allem die Nachhaltigkeit der Projekte stimmen, vielschichtig eingesetzt werden. Es gibt Großprojekte, die einen Millioneneinsatz bedeuten, oder Kleinprojekte, die gefördert werden. Beiden gemeinsam ist, dass sie immer in enger Kooperation mit den Akteuren vor Ort entschieden werden müssen. Es sind die vielen kleinen und Kleinstprojekte, die als Hilfe zur Selbsthilfe auf lange Sicht gesehen eine große Wirkung auf die Gesamtwirtschaft eines Entwicklungslandes haben. Ich denke an die Nähmaschinen-Sammel-Aktion, die ich im Jahre 2004 zusammen mit der Jungen Union Niedersachsen durchführte. Nach Durchsicht und eventueller Reparatur durch Nähmaschinentechniker wurden diese Nähmaschinen mit dem Ziel nach Afrika gebracht, den Lebensunterhalt für viele Familien zu erwirtschaften. Oder ich denke an die kleinen Genossenschaften der Frauen in Bangladesh, die über Mikrokredite und den Aufbau kleiner Handwerksbetriebe ihre Familien unterstützen können.

Deutschland ist einer der größten Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Aber Entwicklungs-

zusammenarbeit ist nur dann gut eingesetzt, wenn das Nachhaltigkeitsprinzip erfüllt ist. Deshalb wird über Evaluierungen der Mitteleinsatz der Bundesrepublik Deutschland in der Entwicklungspolitik überprüft. Diese Evaluierungen dienen nicht nur der Frage nach der Effektivität des Mitteleinsatzes, sondern sind auch ein Instrument, um Fehler aufzuzeigen und vor allem Fehler zukünftig zu vermeiden! Diese Evaluierungsergebnisse werden zum Beispiel in dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem ich seit Übernahme meines Bundestagsmandates 2002 angehöre, vorgetragen und diskutiert. Außerdem werden sie, um der Forderung nach Transparenz in der Entwicklungspolitik nachzukommen, veröffentlicht. Ferner dienen sie als Grundlage für die künftige Strategie der Zusammenarbeit mit Ländern der „Dritten Welt“.

Ich komme auf die Zusatzüberschrift zurück: Zweigeteilte Welt – wie bringen wir Nord und Süd zusammen? Was ist zu tun? Friedbert Pflüger warnt in seinem Buch: „Der Friede bleibt bedroht“: „... die reichen Länder des Nordens müssen sich vor Arroganz hüten. Erstens sind sie durch ihre Ressourcenverschwendung die eigentliche Last der Erde. Zweitens wäre es verhängnisvoll, am Reißbrett ausgearbeitete Lösungskonzepte auf Länder mit verschiedenartigen Strukturen übertragen zu wollen ...“.

Entwicklungszusammenarbeit muss immer partnerschaftlich und langfristig angelegt sein. Das bedeutet auch, wie es das Auswärtige Amt beschreibt, dass „der Fokus der Zusammenarbeit auf dem Aufbau von Stabilität, Demokratie und funktionierenden Institutionen liegen und die Kooperation dauerhaft und verlässlich angelegt sein muss“. Zudem sollten Direktinvestitionen gefördert werden, da sie für den afrikanischen Kontinent auf lange Sicht wichtiger sind als Hilfgelder.

In den Schaukästen der Evangelischen Kirche hängt zurzeit ein sehr eindrucksvolles Plakat der Aktion „Brot für die Welt“ mit der Aufschrift: Gottes Spielregeln für eine gerechte Welt: Fair geben, fair sorgen, fair teilen. Ich denke, treffen der kann man es nicht ausdrücken.

Hartwig Fischer MdB ist Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Aber Entwicklungszusammenarbeit ist nur dann gut eingesetzt, wenn das Nachhaltigkeitsprinzip erfüllt ist.

Was ist christlich-demokratisch?

Klaus Weigelt

Die Geschichte der CDU ist geprägt worden von einer Reihe von Programmen, von denen das Ahlener Programm (1947), die Düsseldorfer Leitsätze (1949), das Berliner Programm (1968), das erste Grundsatzprogramm (Ludwigshafen 1978) und das zweite Grundsatzprogramm (Hamburg 1994) die bekanntesten sind. Es kann hier nicht darum gehen, diese Geschichte nachzuzeichnen oder ihre Entwicklung zu kommentieren. Ein kurzer Blick auf die beiden Grundsatzprogramme soll genügen.

Das Grundsatzprogramm von 1978 (GP 78) war Ausdruck der Grundwertediskussion der 70er Jahre, in der es um die ethischen Grundlagen des gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenlebens ging. Für die CDU sollten die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine allgemeine Orientierung leisten für eine Politik, die auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott beruht. Das ordnungspolitisch ausgerichtete Programm sah die Aufgabe der Politik darin, Voraussetzungen zu schaffen für die freie und verantwortliche Entfaltung des Menschen in seinen Lebensbereichen. Die Soziale Marktwirtschaft wurde in diesem Sinne als eine die christlich-demokratischen Grundwerte verwirklichende Wirtschafts- und Sozialordnung verstanden.

Das Grundsatzprogramm von 1994 (GP 94) ging ebenfalls vom christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott aus und nahm die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als Orientierungsmarken für die Politik auf. Die Union verband diese Grundlage sogar mit einer Selbstverpflichtung: „Es ist eine besondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken. Dies unterscheidet uns Christliche Demokraten wesentlich von sozialistischem, nationalistischem und liberalistischem Denken.“ (Ziffer 12) Eine konkrete Einlösung dieser Selbstverpflichtung innerhalb des Programms ist jedoch nicht eindeutig erkennbar.

Die ordnungspolitische Ausrichtung des der Selbstverpflichtung folgenden Programms lässt

vielmehr die Klarheit der Äußerungen von 1978 vermissen und beinhaltet zum Teil leider auch Formelkompromisse, die ihren Höhepunkt in der Kreation der „ökologischen und sozialen Marktwirtschaft“ (Ziffer 67 ff.) finden. In Wahrheit hatte die Union 1994 ihre ursprüngliche grundsätzliche Linie längst verlassen und auch in ihrer praktischen Regierungspolitik nach 1982, spätestens nach 1990 bereits einen Konvergenzweg Richtung aufgeklärter Sozialdemokratie eingeschlagen, der der erwähnten Selbstverpflichtung fast den Charakter einer Beschwörungsformel verlieh.

Die erste große Koalition (1966 bis 1969) offenbarte im Nachhinein vor allem einen Dissens in außenpolitischen Fragen der Ostpolitik, zeigte aber bereits erste sozialpolitische Gemeinsamkeiten, welche die ordnungspolitischen Unvereinbarkeiten zwischen den beiden großen Volksparteien, die im Verlaufe der 70er Jahre wieder deutlicher hervortraten, verdeckten. Es ist kein Zufall, dass gerade in dieser Zeit das GP 78 entstand, das die grundsatzpolitischen Abgrenzungslinien zur Sozialdemokratie klar zog. Die sozialliberale Koalition scheiterte, nachdem sich die Liberalen nach 1978 ihrer eigentlichen, der Union mehr entsprechenden Mission erinnerten.

Mit dem Eintritt in eine zweite große Koalition (seit 2005) zeigt sich ein anderes Bild: Jetzt vollzieht sich eine Konvergenz, wie sie im Programm von 1994 bereits vorgezeichnet war. Hatte man doch damals schon für die Orientierung der „ökologischen und sozialen Marktwirtschaft“ die Formel von Karl Schiller „Soviel Markt wie möglich, soviel Planung wie nötig“ (Godesberg 1958) in der Formulierung „Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig“ übernommen und zum christlich-demokratischen Leitgedanken erhoben. Auch wenn diese Formel dem Staat die Beweislast für sein Vorgehen zuweist, so überlagerte sie doch die Grundsatzorientierung mit breit interpretierbaren Ermessensmöglichkeiten.

Seit Hamburg sind zwölf Jahre vergangen. Die ordnungspolitische Orientierung – verunglimpft als „Glaube an die reine Lehre“ – hat weiter an Gestaltungskraft verloren. Mutlosigkeit, dirigistischer Pragmatismus und Reformunfähigkeit behindern Freiheit, Leistung und Kreativität. Wie schon im Programm von 1994



„Klares, grundsatzorientiertes Denken ist unzeitgemäß, eine christlich-demokratische Orientierung, selbst innerhalb der CDU, ebenfalls.“

angelegt, wird jeder Idee für mehr Selbstentfaltung und Eigeninitiative sofort eine ganze Reihe von Warnungen entgegengehalten, um Einschränkungen und neue Fesseln zu rechtfertigen. Damit ist die Gefahr verbunden, Leistungsträger der Gesellschaft wie Familien und Mittelstand, Leistungsbedingungen wie Bildung und Forschung zu vernachlässigen oder zusätzlich zu behindern. (...)

Welchen Stellenwert hat überhaupt noch die Mündigkeit des Bürgers? Welche Überverantwortung glaubt man dem Staat zubilligen zu müssen? Wo ist der Mut, den Staat so zu gestalten, dass Staatsversagen und Politikverdrossenheit klein gehalten werden?

Welchen Stellenwert hat überhaupt noch die Mündigkeit des Bürgers? Welche Überverantwortung glaubt man dem Staat zubilligen zu müssen?

Wenn die CDU Deutschland aus der entstandenen Lage herausführen will, muss sie zunächst erkennen, dass sie Teil des Problems ist und viele der heutigen Schwierigkeiten durch ihre Politik und Rhetorik mitverursacht hat. Die CDU läuft Gefahr, sich zunehmend einer populistischen Sprache, wie sie die SPD pflegt, zu bedienen. Auch die sprachliche Sozialdemokratisierung der CDU ist ein Ärgernis: Sie lässt die inhaltlichen Unterschiede, soweit sie noch erkennbar sind, verwischen und sollte als erste beendet werden. Das wäre ein notwendiger Akt der Selbstdisziplinierung.

Was ist in einer solchen Situation christlich-demokratisch? Im Folgenden sollen ein paar Gedanken zur christlichen Auffassung vom Menschen, zu den aus dieser Auffassung abgeleiteten Werten und zu einigen institutionellen Konsequenzen zur Diskussion gestellt werden.

Der Mensch

Die christliche Auffassung vom Menschen bedarf heute einer neuen Klärung, damit Ballast abgeworfen und der Kern dieser Auffassung wieder ans Licht kommen kann. Der Mensch wird als „Bild Gottes“ (im Gegensatz zu profanen „Menschenbildern“) geschaffen und mit einem Auftrag in Gottes Schöpfung gestellt. Aus der ersten Aussage resultiert die Würde und Freiheit des Menschen. Diese Freiheit ist wie die Würde des Menschen von Anfang an eine gemeinsame, weil der Mensch nicht allein, sondern nach dem Schöpfungsbericht als zwei geschaffen wurde: Und Gott schuf sie als Mann und als Frau (Gen 1, 27). Das ist keine archaische Formel, sondern bis heute von grundlegender

Bedeutung. Der ältere Schöpfungsbericht konkretisiert die Würde des Menschen in Gen 2,7 in einmaliger Weise: Sein Leben wird durch Gottes eigenen Atem eingehaucht, menschliches Leben ist getragen von Gottes Atem.

Nun findet die Freiheit des Menschen nicht (negativ) ihre Grenze in der Freiheit des anderen, wie es in GP 94, 13 heißt. Eine solche Bemerkung ist sinnlos, auch wenn sie plausibel klingt. Vielmehr findet die Freiheit – und das ist die zweite Aussage der Bibel – von Anbeginn (positiv) ihr Aktionsfeld in den im wohlverstandenen Sinne zu begreifenden „Schöpfungsordnungen“, wir können auch sagen in den sozialen (Mann und Frau) und ökologischen (Natur, Umwelt, Gebote) Rahmenbedingungen, in die der Mensch mit einem Auftrag Gottes (Gen 1,28 ff.) hineingestellt ist. Würde und Freiheit, Verantwortung und Ordnung gehören also nach biblischer Auffassung des Menschen von Anfang an zusammen.

Dieser Zusammenhang lässt sich vom ersten Buch der jüdischen Bibel bis ins Neue Testament hinein weiter verfolgen; beide genannten Aspekte bilden einen Cantus Firmus biblischer Anthropologie. Neutestamentlich beginnt in Christus (Gott wird Mensch, Joh 1, 14) die neue Schöpfung Gottes, in der der Mensch eine „neue Kreatur“ (2. Kor 5, 17; Gal 6, 15) wird, ausgestattet mit einer neuen „christlichen“ Freiheit: „So steht nun fest in der Freiheit, zu der euch Christus befreit hat (Gal 5, 1).

Der Mensch kam schon bald mit Gottes Ordnung in Konflikt – die Bibel beschreibt das als den Sündenfall, es wird seitdem auch von der Erbsünde gesprochen -, und daraus ergibt sich bis heute seine Situation: Er ist nicht nur dem Irrtum verfallen und fehlbar, sondern auch – was oft vernachlässigt wird – böse: „Denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf“ (Gen 8, 21). Wenn das Axiom der Freiheit gilt, dann ist der Mensch natürlich zur Entscheidung zwischen verschiedenen Lebensentwürfen gezwungen, mit allen Konsequenzen. Aber der Mensch verfehlt seine Freiheit, wenn er verführbar, gutgläubig, hasserfüllt, rachsüchtig, neidisch wird und viele weitere Charaktereigenschaften aufweist, die seit der Neuzeit und heutzutage über Erziehung und Bildung in geordnetere Bahnen zu lenken versucht werden. Das heißt nicht, dass der Mensch im Zeitablauf zu einem besseren Menschen er-

zogen wurde, aber Erziehung und Bildung gehören unverzichtbar in das Feld der Rahmenbedingungen für Freiheit und Verantwortung des Menschen.

Der Prozess der Erziehung der Menschheit ist ein langwieriger, von vielen tragischen und katastrophalen Rückschlägen begleiteter Weg, der noch lange nicht abgeschlossen ist und auch nicht abgeschlossen werden kann, wie ein Blick in die Tagesnachrichten zeigt. An Erfolgen und Rückschlägen sind immer auch Politiker beteiligt. Sie übersehen oft, auch wenn sie gutwillig sind, die langfristigen, Erziehungs- und Bildungsprozesse beeinflussenden und mentalitätsverändernden Wirkungen ihres Redens und Handelns auf die Menschen. Hier ist nicht nur auf die negativen Langzeitwirkungen von verheerenden Ideologien wie Nationalsozialismus und Kommunismus hinzuweisen, z. B. auf die Zerstörungen, die der Nationalsozialismus u. a. der deutschen Sprache zugefügt hat, oder auf den „homo sovieticus“, der Angst vor Freiheit und Verantwortung hat.

Auch in der langen Friedenszeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung von einem durch Politiker mitverantworteten „Mentalitätswandel“ der Menschen begleitet, der heute zu der oben angedeuteten Reihe auswegloser Fragen und Probleme geführt hat. Man kann auch von einer mit der Zeit erlernten Anpassung oder Ausnutzung bestimmter institutioneller Arrangements durch den Menschen sprechen. Auch christlich-demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik hat so durch die Fehleinschätzung des in der Bibel treffend beschriebenen Wesens des Menschen gewirkt, mit allen daraus heute zu beklagenden Konsequenzen. Christlich-demokratische Reformen müssen also mit einer Besinnung auf die christliche Bestimmung des Menschen und seines Wesens beginnen.

Dazu gehört es, über die Bedingungen von Freiheit in einer parlamentarischen Demokratie nachzudenken und die Ursachen von Fehlentwicklungen zu beseitigen. Eine dieser Ursachen ist die, dass Politiker sich mehr zutrauen, als sie erfüllen können und dadurch das Unbehagen und Misstrauen der Bürger nähren. Ein anderer zentraler Aspekt ist, dass die Politik zu stark mit den in der Regel nicht gewählten, sondern selbst ernannten oder gekürten Vertretern von Partikularinteressen kommuniziert und damit zu einer Entmachtung des Parlaments beiträgt.

Nicht nur die Legitimation von Interessenvertretern ist oft problematisch, auch ihre Interessenwahrnehmung. Letztere spiegelt immer stärker Organisationsinteressen wider und weniger die Bedürfnisse der definierten Klientel. Diese interne Kluft versuchen diese Organisationen durch Klagen und immer neue Forderungen gegenüber der Politik zu überdecken. Neudings maßen sie sich eine Quasi-Vetokompetenz an („nicht mit uns“), die durch runde Tische, Beratungsverträge, Kommissionen (Hartz-Kommission, Rürup-Kommission) oder andere außerparlamentarische Entscheidungsformen gestärkt wird. Die Politik entmachtet sich durch diese „Kommissionitis“ und wundert sich über die Folgen, die letztlich in einer Zerrüttung des demokratisch legitimen Wechselspiels zwischen Bürger und Parlament / Regierung münden und nur tiefer in die Probleme hinein statt aus diesen heraus führen.

Die Werte

Christlich-demokratische Politik bekennt sich zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit (GP 78, GP 94, 12 ff.). Hier wird nicht im Einzelnen der Argumentation der Programme nachgegangen, sondern aus den bisherigen Gedanken weiter gefolgert.

Freiheit

Die Freiheit des Menschen ist aus christlicher Sicht der fundamentale, seiner Würde korrespondierende Wert. Wie oben bereits ausgeführt, entfaltet sich die christlich verstandene Freiheit als persönliche Entfaltung und Leistung des Menschen im Rahmen einer Ordnung. Sie ist also a priori nicht Willkür. Der Doppelaspekt der Freiheit ergibt sich aus dem Geschaffensein des Menschen als Person und aus dem Auftrag des Menschen für sein Wirken in Gottes Schöpfung. Aus dem ersten, dem personalen Aspekt, ergibt sich die Verbindung der Freiheit mit der Verantwortung des Menschen vor Gott und den Menschen (der theologische und der soziale Aspekt). Der Mensch muss Antwort geben können auf die Nachfragen Gottes (theologisch: das jüngste Gericht) und seiner Mitmenschen (soziale Verantwortung). Der zweite, der ordnungspolitische Aspekt ergibt sich aus der Verbindung von Freiheit und Ordnung. Die Urordnung ist die Schöpfungsordnung; zu ihr gehört das ökologische

Christlich-demokratische Reformen müssen also mit einer Besinnung auf die christliche Bestimmung des Menschen und seines Wesens beginnen.

Gleichgewicht, das seit dem 19./20. Jahrhundert durch das Handeln der Menschen aus den Fugen gerät.

Wo der Mensch in seinem Reden und Handeln den Verantwortungs- und/oder den Ordnungsaspekt der Freiheit außer Acht lässt, begibt er sich auf den Irrweg gottes- und menschenverachtender Willkür; er verfehlt die Freiheit. Hier liegt eine sehr entscheidende Wegmarke für zwei Aspekte christlich-demokratischer Politik: Es geht zum einen nicht darum, quasi „von einer höheren Warte aus“ dem Menschen zu sagen, wie er seine Freiheit gefälligst zu verstehen und was er mit seiner Freiheit zu tun habe; zum anderen sind eine christlich orientierte Erziehung und Bildung und eine gesicherte Ordnung bleibende Voraussetzungen dafür, dass Freiheit nicht verfehlt wird und zur Beliebigkeit und dadurch zur Willkür verkommt.

Aus dem Sozialsystem ist ein Transfersystem geworden, in dessen Nebel auch mehrere Enquete-kommissionen kein Licht haben bringen können. Heute weiß niemand mehr, wer was zahlt und wer was erhält.

Die Versäumnisse auch christlich-demokratischer Politik auf diesen beiden Feldern sind beachtlich. Im Kern wurde die Freiheit – oft aus ideologisch belasteter Angst vor ihr – in ihrer fundamentalen Bedeutung für den Menschen und die Gesellschaft nicht erkannt und konnte wegen immer stärkerer Behinderungen und Einschränkungen auch nicht zu einer fruchtbaren Entfaltung ihrer Leistungspotentiale gelangen. Die anthropologisch längst anerkannte Tatsache, dass dort, wo „gute Regeln“ walten, Anreize für selbstverantwortliches Handeln der Menschen entstehen, und dass eine diese „guten Regeln“ für ein funktionierendes Gemeinwesen gewährleistende Ordnungspolitik zutiefst christlicher Ethik entspricht, ist in der CDU mehr und mehr aus dem Blickfeld geraten.

Solidarität

Solidarität hat ihre Wurzel, wie oben schon angedeutet wurde, in der Freiheit des Menschen, also in seiner Personalität, die auf Sozialität ausgerichtet ist. Damit dieser Zusammenhang nicht auf die eine oder andere Seite umschlägt, bedarf es einer „ordnungspolitischen“ Brücke, die erstmals beispielhaft in Quadragesimo Anno (1931) mit der Definition des Subsidiaritätsprinzips formuliert wurde:

Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das,

was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung.

Das sind Worte von tiefer Einsicht in die menschliche Natur. Aus der ursprünglichen, personal gedachten, also mit einer persönlichen mitmenschlichen Zuwendung verbundenen Solidarität, die in den Nachkriegsjahren durchaus noch erkennbar war, ist durch die sukzessive Umgestaltung der Sozialsysteme, ihren Missbrauch und die zunehmende, politisch „gestaltete“ Komplexität der Transfersysteme eine Art „anonymer Solidarität gigantischer Finanzströme“ geschaffen worden, die Neid, Missgunst, Selbstbedienungsmentalität, Mitnahmeeffekte provoziert, die „ganze Gesellschaftsordnung ... verwirrt“ (s. o. QA), der Gerechtigkeit nicht dienlich ist und mit einer christlich-demokratischen Grundidee der Solidarität kaum noch vereinbar ist. Aus dem Sozialsystem ist ein Transfersystem geworden, in dessen Nebel auch mehrere Enquetekommissionen kein Licht haben bringen können. Heute weiß niemand mehr, wer was zahlt und wer was erhält.

Das Missverständnis der Solidarität offenbart die schädlichsten Wirkungen in der heutigen Lage. Wo in dem Dreiklang Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität der Freiheit keine Priorität mehr eingeräumt wird, sondern es einem leviathanischen Staat anheim gestellt bleibt, die Freiheit des Menschen immer mehr einzuengen mit dem offiziellen Etikett der Gewährleistung bzw. der Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit in Solidarität, da erzeugt in Wahrheit staatliche Hilfe nur neue Hilfsbedürftigkeit, die wiederum neue Ansprüche nach sich zieht. Es entsteht ein Circulus vitiosus, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt.

Dass die Grundidee freiheitlicher Solidarität im deutschen Volk durchaus noch vorhanden ist, kann man an dem millionenfachen persönlichen, finanziellen Engagement der Menschen erkennen, das sich in den Spendenaufkommen der kirchlichen Sozialwerke und in der spontanen Hilfsbereitschaft bei weltweiten Katastrophen immer wieder zeigt.

Die Politiker sind jedoch nicht in der Lage, hieraus die zutreffenden Schlussfolgerungen für eine Sozialpolitik zu ziehen, die an dieser freiheit-

lichen Leistungsbereitschaft der Menschen anknüpft. Sie ziehen kollektive Zwangslösungen vor, die mit christlich-demokratischen Grundsatzpositionen kaum in Einklang zu bringen sind.

Gerechtigkeit

Der Weg zur Gerechtigkeit führt, wie eben erläutert, über die Freiheit des Menschen (Personalprinzip), die Subsidiarität und die Solidarität. Das so formulierte Prinzip der Gerechtigkeit lässt eine klare Auffassung vom Menschen, seiner Freiheit und Würde, und damit auch seiner Leistungsmöglichkeit und -fähigkeit erkennen. Konkret heißt das: Was der Einzelne nicht schafft, muss seine Familie tun. Was die Familie nicht schafft, müssen Freunde und Nachbarn tun. Erst ganz zum Schluss muss der Staat einspringen. Gerechtigkeit entsteht nicht als „aktives Eingreifen von oben“, als Bevormundung durch die Obrigkeit oder diejenigen, die sich dafür halten. Sonst entsteht der oben beschriebene Circulus vitiosus.

Nach christlicher Auffassung besteht eine enge Verbindung zwischen Gerechtigkeit, Wahrheit und Frieden. Alfred Müller-Armack hat diesen Zusammenhang im Blick, wenn er in der Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag zur „sozialen Irenik“ in der Gesellschaft sieht. In dem Dreiklang bildet die Wahrheit eine Art Brücke zwischen Gerechtigkeit und Frieden.

Dieser Überzeugung ist auch der Grundgedanke des jährlichen Weltfriedenstages am 1. Januar. Das ungarische Wort „igazság“ bedeutet Gerechtigkeit und Wahrheit in einem. Eine ganz zentrale Wahrheit für christlich-demokratische Politik ist die in der christlichen Auffassung vom Menschen angelegte Berücksichtigung der erwähnten anthropologischen Konstanten.

Mit diesen Grundgedanken lassen sich weder positive (Privilegien, soziale Wohltaten) noch negative (diskretionäre Besteuerung, Benachteiligung von Familien) Diskriminierungen rechtfertigen. Der Weg zur Gerechtigkeit führt weder über die „Anmaßung von Wissen“ (Friedrich August von Hayek), was also von irgendeiner Instanz aus gesehen als gerecht zu gelten hat, noch über eine interventionistische Verteilungspolitik (Reichensteuer). Einen Gegensatz zwischen Freiheit und Leistung auf der einen und Gerechtigkeit und Frieden auf der anderen Seite gibt es nur, wenn die Politik es versäumt, für eine Ordnung zu sorgen, die den anthropolo-

gischen Grundbestimmungen entspricht und damit ethisches Verhalten nicht behindert (Schwarzarbeit). Ökonomisch gesprochen: Die Anreizsysteme („gute Regeln“) für die Menschen müssen stimmen, damit keine „Verwirrung“ entsteht. Das ist die Wahrheit.

Es wird viel über Wertewandel und ethische Grundsätze diskutiert, aber fast immer konzentriert man sich dabei auf den einzelnen Menschen und sein Verhalten. Dabei wird eine Dimension der Moral übersehen, auf die Wilhelm Röpke früh hingewiesen hat:

Die moralische Bedeutung des Rahmens, innerhalb dessen sich die einzelnen auf dem Markt betätigen, ist ... mindestens so wichtig wie die Frage des individuellen Verhaltens innerhalb des Rahmens.

Vieles, was wie ein Wertewandel erscheint, ist in Wirklichkeit die Anpassung an unzweckmäßige Rahmenbedingungen (Über- bzw. Unterforderungen des Menschen) bzw. die rationale Ausnutzung bestimmter institutioneller Arrangements durch den Menschen (Schattenwirtschaft). Deshalb ist die Rückkehr zu normalen Verhaltensformen auch immer dann zu beobachten, wenn, statt Moralpredigten zu halten, die Regeln geändert werden. Dieser empirische Befund sollte Mut zu Reformen vermitteln, die auf dem Grundsatz der Subsidiarität aufbauen.

In der theologischen Sicht der Bibel stiftet der „diabolus“ (der alles durcheinander wirft) Verwirrung und Unordnung; er verfremdet und entstellt die Wahrheit.

Heute verrichten vielerorts Politiker diese Aufgabe. Die Medien tun ihr Übriges dazu, wenn man von einigen „Leuchttürmen“ wirtschaftspolitischer Aufklärungssendungen einmal absieht.

Klares, grundsatzorientiertes Denken ist unzeitgemäß, eine christlich-demokratische Orientierung, selbst innerhalb der CDU, ebenfalls. Es scheint zwar einfacher, Versprechungen für Wohltaten zu machen und damit Erwartungen zu wecken; aber die dadurch notwendigen, ständig neuen „sozialen“ Interventionen führen in ihrer politischen Dynamik irgendwann zur Bestrafung von Politikern, wenn sie ihre Wohltaten wieder kassieren wollen, ja müssen.

Es sollte also als langfristig rational erkannt werden, sich der Schwerstarbeit einer ordnungspolitischen Neuorientierung für „gute Regeln“ zu

Einen Gegensatz zwischen Freiheit und Leistung auf der einen und Gerechtigkeit und Frieden auf der anderen Seite gibt es nur, wenn die Politik es versäumt, für eine Ordnung zu sorgen, die den anthropologischen Grundbestimmungen entspricht.

unterziehen, die allein mehr Gerechtigkeit schaffen könnte. Diese neue Orientierung, gepaart mit notwendiger Zivilcourage für die Durchsetzung, sind Kerne einer Neuorientierung.

Konsequenzen

Eine Rückbesinnung auf die christlichen Grundlagen einer christlich-demokratischen Politik, die diesen Namen verdient, sollte sich zunächst einmal mit dem Menschen befassen, der heute weitgehend aus dem Blickfeld geraten scheint.

So wie die ursprünglichen Sozialsysteme uns heute in der Gestalt technisch unübersichtlicher Transfersysteme gegenüberstehen, so gerät auch der Mensch als Steuerzahler, Arbeitsloser, Behinderter, Ausländer oder sonst irgendwie Betroffener ins politische Visier und in das Räderwerk kollektiver Beanspruchung oder Betreuung.

Die soziologische Rollenbetrachtung des Menschen in Politik, Wirtschaft („Entlassungsproduktivität“) und in den Medien verfehlt den Menschen eher, als dass sie ihn tatsächlich ernst nimmt und ihm gerecht wird. Diese Segmentierung wird auch durch die effektvolle Darstellung von Einzelschicksalen nicht überwunden, sondern engt das gesellschaftliche Umfeld nachhaltig ein und gliedert es nach politischen Ressorts.

Zum anderen geht es heute darum, ausgehend von der Freiheit und Würde des Menschen, das Verhältnis der Grundwerte zueinander neu zu überdenken, um die Ansatzpunkte für eine neue christlich-demokratische Politik zu definieren. Darauf aufbauend ist die Behandlung der folgenden Fragen richtungweisend:

- Die Frage nach der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, in Recht und Verwaltung muss heute – 15 Jahre nach der Deutschen Einheit – neu gestellt werden. Dabei geht es nicht nur um eine Föderalismus-Reform. Die CDU sollte sich von einem inzwischen weitgehend kollektivistischen Wohlfahrts-Staatsverständnis lösen und eine ordnungspolitisch klare, freiheitlich-rechtsstaatliche Staatsauffassung erarbeiten und umsetzen, in der Freiheit und Verantwortung des Bürgers, Subsidiarität und Solidarität für die Menschen in der Gesellschaft, und „irenische“ Wege der Politik zu einer sozialen Gerechtigkeit in Freiheit neu durchdacht werden. Das wäre wirklich eine

„soziale“ Neuorientierung der CDU. Kurt Biedenkopf hat hier bereits viel Vorarbeit geleistet.

- Die Soziale Marktwirtschaft war einmal, neben der Westintegration und der Europäischen Einigung, das weltweit bekannte Markenzeichen Deutschlands. Das ist heute nicht mehr so, obwohl dieser frühere Markenartikel inzwischen zum weit verbreiteten verbalen Massenartikel geworden ist, von dem jeder spricht, aber fast niemand etwas versteht. (...) Eine Besinnung auf die Grundlagen tut also Not,
- auf die freie Entfaltung des Menschen, Leistung und Wettbewerb,
- auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Markt und Staatsaufgaben,
- auf die Grundlagen von Wachstum und Beschäftigung,
- auf die wirtschaftliche und politische Bedeutung von Gewinn und Verlust,
- auf persönliche Verantwortung des Menschen und seine personale Solidarität,
- auf die politische Verantwortung für künftige Generationen in der Umweltpolitik, der Staatsverschuldung und der Gestaltung von sozialen Sicherungssystemen,
- auf die Bedeutung der Globalisierung für die deutsche Volkswirtschaft und ihren Einfluss auf die Entwicklung regionaler Zentren in Deutschland und in der EU.

(...)

Es ist Zeit für ein neues Grundsatzprogramm. Gerade in einer großen Koalition ist es erforderlich, die grundsatzpolitischen Grenzlinien klar zu erkennen und auch zu beachten. Es ist wirklich hohe Zeit zu handeln. Bloßer „Pragmatismus“ und „Realpolitik“ bringen uns auf Dauer nicht weiter, weil sie auf die geschilderten Abwege und damit tiefer in bereits bestehende Schwierigkeiten hineinführen. Jetzt geht es um grundlegende Reformen im Sinne der skizzierten Leitgedanken.

*Klaus Weigelt war bis zum 31.5.2006
Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Budapest.*

Es ist Zeit für ein neues Grundsatzprogramm. Bloßer „Pragmatismus“ und „Realpolitik“ bringen uns auf Dauer nicht weiter.

Poetischer Südwind – Über den Romanautor Thomas Vogel

Jo Krummacher MdB

Deutsche Gegenwartsliteratur, die sich auf hohem Niveau auch religiöser oder metaphysischer Themen annimmt, gehört zu den Seltenheiten. Dem Tübinger Verlag Klöpfer&Meyer ist zu verdanken, derlei poetische Ausnahmen aufzuspüren und damit poetischen Südwind zu entfachen.

Die Rede ist von Thomas Vogel, der eigentlich als Journalist und stellvertretender Studioleiter in Tübingen für das Kulturprogramm des Südwestrundfunks verantwortlich zeichnet. Vogel, 1947 in Sindelfingen geboren, hat im Tübinger Stift, wo schon Hegel, Hölderlin, Schelling und Hauff ihre Laufbahn begonnen haben, Theologie studiert, dazu Kunstgeschichte und Germanistik. Eine Dissertation über das französische Chanson dokumentiert seinen liebenden Blick für das westliche Europa. Zahlreiche Essays, Hörspiele und Kurzprosa stammen aus seiner Feder. Seine hochgradige Erzählkunst hat ihn auch der Tübinger Universität als Honorarprofessor empfohlen; dort unterrichtet Vogel Studierende am Seminar für Allgemeine Rhetorik.

Im Jahr 2001 hat Thomas Vogel freilich ein neues Kapitel seiner Biografie aufgeschlagen. Er feierte sein Roman-Debüt „Die letzte Geschichte des Miguel Torres da Silva“ und hatte damit sofort weit über Deutschland hinaus Erfolg. Heimliches Thema ist der verborgene Konnex von Mathematik, Philosophie und Metaphysik, eingewoben in eine fein gesponnene anmutige und unterhaltsame Erzählung aus dem Portugal des 18. Jahrhunderts. Vogels famoser Romanerstling ist inzwischen mehrfach aufgelegt und in fünf Sprachen übersetzt.

Nach Heidelberg, nach Rom und in die Toskana entführt Vogels 2003 erschienener Roman „Rom, Sixtina. Das Muster entsteht beim Weben“. Was sich da nächtens in der Sixtinischen Kapelle als geheimnisvoller Dialog anbahnt, entfaltet eine verborgene Dynamik, die überraschende Resultate bei beziehungsgeplagten Zeitgenossen auslöst. Wer diesen kunstvoll komponierten Erzählteppich betritt, der subjektive Wahrnehmung und objektive Erkenntnis umspielt, lässt sich gern vom Sog dieser deutsch-italienischen Story der Zufälle mitreißen.

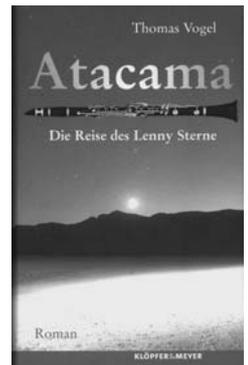
Und nun ist druckfrisch auf dem Tisch Vogels jüngster Roman: „Atacama. Die Reise des Lenny Sterne“. Schauplätze sind Manhattan und Chile. Im Zentrum steht der Klarinettist Lenny Sterne, den außergewöhnliche Umstände in die Atacama-Wüste befördern. Wieder erweist sich Vogel als subtiler Erzähler, als Schelm, der sich gravitatisch vor dem Jazz verbeugt und dabei den Blick frei gibt auf die Magie der Musik, der Träume und der Religion. Doch Vorsicht: Wer einen Vogel in die Hand nimmt, lässt ihn nicht mehr los!



„Deutsche Gegenwartsliteratur, die sich auf hohem Niveau auch religiöser oder metaphysischer Themen annimmt, gehört zu den Seltenheiten.“

Vogel erweist sich in seinen drei nun vorliegenden Romanen als meisterlicher Repräsentant europäischer Erzählkunst. Nur wenige zeitgenössische Schriftsteller vermögen mit jenen Schätzen aus der griechischen Philosophie, der römischen Historie, der jüdisch-christlichen Tradition und dem Geist der Aufklärung so spielfreudig und charmant umzugehen, dass sich ein europäischer Kosmos zu erkennen gibt, in dem Aufbrüche und Entdeckungen jederzeit möglich werden. Beste Lektüre für sommerliche Abende. Ein ästhetisches und mehrstöckiges Vergnügen, das man nicht für sich behalten möchte.

Jo Krummacher MdB ist Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Ausschuss für Kultur und Medien.



Thomas Vogel
Die letzte Geschichte des Miguel Torres da Silva

Klöpfer und Meyer, Tübingen 2001, 172 S., gebunden mit Schutzumschlag, € 18,90, ISBN 3-421-05707-9;

Thomas Vogel
„Rom, Sixtina. Das Muster entsteht beim Weben“

Klöpfer und Meyer, Tübingen 2003, 202 S., gebunden mit Schutzumschlag, € 18,90, ISBN 3-421-05765-6;

Thomas Vogel
„Atacama. Die Reise des Lenny Sterne“

Klöpfer und Meyer, Tübingen 2006, 188 S., gebunden mit Schutzumschlag, € 19,90, ISBN 3-937667-70-9

Aus unserer Arbeit

„Zwischen Sicherheit und Freiheit“ – 15. Berliner Theologisches Gespräch des EAK

Zu seinem 15. Berliner Theologischen Gespräch, das diesmal unter dem Motto „Zwischen Sicherheit und Freiheit“ stand, hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) in das Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses geladen. Der EAK-

rechte gehe. Christlich-Demokratische Politik habe hier einen klaren Kompass und eine eindeutige Verpflichtung: „Das christliche Menschenbild, die unbedingte Achtung der Menschenwürde und der konsequente Einsatz für die Menschenrechte überall auf der Welt sind für uns unverrückbare und verpflichtende Richtlinien der Politik“, so Rachel.

Gleichzeitig müsse sich unsere Demokratie gegenüber ihren Feinden aber auch wehrhaft zeigen, und der veränderten internationalen Bedrohungslage müsse hinreichend Rechnung getragen werden. Rachel

Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar seien. Die Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates sei es, das rechte Maß zwischen diesen beiden Größen herzustellen. Immer wieder müsse hierbei das Verhältnis zwischen der Garantie der Freiheitsrechte und der Garantie der Sicherheit neu bestimmt werden. Da Politik immer mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginne, dürfe die veränderte Bedrohungssituation, die auch in Deutschland herrsche, nicht geleugnet werden, so Schäuble. Auf diese neue Form der Bedrohung müsse mit neuen Formen der Sicherheit geantwortet werden, wozu an erster Stelle die Informationsbeschaffung zu zählen sei.

Die hannoversche Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann stellte in ihrem Vortrag die Freiheit als einen zentralen, unser Land maßgeblich bestimmenden Wert heraus. Deshalb dürfe aus ihrer Sicht auch dem Kopftuch, das nicht als ein religiöses, sondern vielmehr als ein Symbol für die Unterdrückung der Frau zu verstehen sei, in unserem freien Land kein Raum eingeräumt werden. Ebenso grundlegend abzulehnen sei jegliche Form der Folter, denn sie stehe in einem radikalen Gegensatz zu den Werten, auf denen unsere Demokratie aufbaue. Die Bischöfin stellte fest: „Wir können mit unserer Kultur im Namen der Menschenrechte und der Gerechtigkeit im internationalen und im interkulturellen Dialog nur dann glaubhaft bestehen, wenn wir jegliche Form von Demütigungen und von Menschenrechtsverletzungen kategorisch ablehnen.“

Der Terrorismusexperte und Buchautor Elmar Theveßen betonte, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen Sicherheit und Freiheit im Kampf gegen den Terrorismus in jedem Fall gewahrt werden müsse. Anhand von besorgniserregenden Beispielen ging er auf die Propaganda ein, der sich die islamistischen Terroristen in ihrem Kampf bedienen. Elmar Theveßen konstatierte, dass wir, wenn wir Freiheiten aufgeben, weil wir in Moscheen Überwachungskameras in-



v. links: Elmar Theveßen, Bischöfin Dr. Margot Käßmann, Thomas Rachel, Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesvorsitzende, **Thomas Rachel** MdB, diskutierte zusammen mit dem Bundesminister des Innern, **Dr. Wolfgang Schäuble**, der hannoverschen Landesbischöfin **Dr. Margot Käßmann** und dem Terrorismusexperten **Elmar Theveßen** über die politischen und ethischen Herausforderungen angesichts neuer globaler Bedrohungen.

In Anwesenheit der über 400 geladenen Gäste unterstrich der Bundesvorsitzende des EAK, dass es vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den weltweit agierenden Terrorismus in ethischer Perspektive vor allem um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den dringend gebotenen Sicherheitserfordernissen und der hinreichenden Wahrung unserer elementaren Grund- und Menschen-

rechte geht. Er hob diesbezüglich hervor: „Denen, die durch Menschen verachtenden Terror an den Grundfesten unseres freiheitlich-demokratischen Staates rütteln, müssen wir klare Grenzen setzen. Es wird aber auch immer deutlicher, dass wir den Kampf gegen den Terror nur gewinnen können, wenn wir begreifen, dass es hierbei nicht nur ausschließlich um Fragen der Sicherheit und der Gesetzgebung, sondern auch des gesamtgesellschaftlichen Dialoges, des offenen und ehrlichen Werte- und Religionsdiskurses sowie der konsequenten Bildungs- und Integrationspolitik geht.“

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble wies darauf hin, dass in einem demokratischen Rechtsstaat Sicherheit ohne Freiheit und

stallieren, kurzfristig zwar einen Zu-
gewinn an Sicherheit zu verzeichnen
hätten, langfristig jedoch unsicherer
leben würden, weil der Graben zwi-
schen der muslimischen und der
nichtmuslimischen Kultur sich da-
durch vertiefen würde.

Nach der sich anschließenden
kontroversen, aber auch konstruktiven
Diskussion hatten die Gäste die
Gelegenheit – wie es sich beim EAK
inzwischen zu einer guten Tradition
entwickelt hat –, das Gespräch in
kleinerem Kreise fortzusetzen und
den Abend bei Wein und Brot aus-
klingen zu lassen.

Hauptversammlung des EAK Kreisverbandes Frankfurt am Main im Spenerhaus

Der Frankfurter Evangelische Ar-
beitskreis (EAK) der CDU hat neben
Arnulf Borsche seit kurzem auch eine
Frau als Ehrenvorsitzende: **Brigitte
Babbe**, von 1991–1998 Vorsitzen-
de des EAK, langjährige Synodale
und bekannt durch Kirchenfunksen-
dungen in vier Rundfunkanstalten
wurde für ihr jahrzehntelanges über-
durchschnittliches Engagement ge-
würdigt. Nachdem Pfarrer **Dr. Mar-
tin Zentgraf** zu Beginn des Abends
das geistliche Wort gesprochen hat-
te, konnte daher die jetzige Vor-
sitzende **Hella Welker** voller Freude
Frau Babbe die von dem EAK-
Bundesvorsitzenden, Staatssekretär
Thomas Rachel MdB, unterzeichne-
te Urkunde überreichen.

Als Gastredner des EAK sprach
Pfarrer **Dr. Michael Frase**, Leiter des
Diakonischen Werks des Evangeli-
schen Regionalverbandes, über „Dia-
konie – organisierte Nächstenliebe“.
In seinem Referat wies er auf den ho-
hen Stellenwert hin, den die Kirchen
mit 1,2 Mio. Kindergartenplätzen in
Deutschland einnehmen, was einem
Drittel der insgesamt bestehenden
Betreuungsplätze entspricht. Bundes-
familienministerin Ursula
von der Leyen habe daher zu Recht
mit den Kirchen die großen Träger
angesprochen, die ihr bei der Werte-
vermittlung bereits im Kindergarten-
alter helfen sollten. Die z. T. geäußerte
Kritik an dem zunächst exklusiven
Gespräch mit den Kirchen wies Frase
daher zurück, bevor er in der Folge
die Bedeutung der Diakonie als orga-
nisierter Nächstenliebe für die Ge-
sellschaft insgesamt ausführte: Auch
der wertneutrale säkulare Staat sei
auf die Kirchen angewiesen, denn ein
Gemeinwesen funktioniere nicht ohne
Werte. „Wir brauchen einen Konsens
im Wertekanon, damit unsere
Gesellschaft zukunftsfähig bleibt“,
stellte Frase klar.

Zur Begründung des sozialen En-
gagements der Kirche bezog er sich
sodann direkt auf die Bibel: „Bereits
die neutestamentlichen Schriften
haben dem Christentum eine Prä-
gung verschafft, die neben der Ver-
mittlung von Glaubensinhalten so-
ziales Miteinander von Anfang an als
dem Wesen des Christentums eigen-
tümlich festgestellt hat“, führte Frase
aus. Dieses habe seine Wirkungs-

geschichte über die Jahrhunderte
entfaltet, letztendlich den Sozial-
staat mitgeprägt und fundamementiert
und finde sich, fachlich ausdifferen-
ziert und hochprofessionell aus-
geführt, auch heute noch im Kern
der diakonischen Arbeit wieder.

Als Tätigkeitsfelder benannte Frase
beispielhaft: Schwangerenkon-
fliktberatung, Kindergartenarbeit,
die Hilfe für Menschen mit Behinde-
rungen und psychischen Krankhei-
ten sowie Pflege und Hilfe im Alter.
Immer jedoch gehe es darum, „die
unabhängig von Status, gesundheit-
lichem Zustand und Lebensalter gel-
tende Geschöpflichkeit des Men-
schen ernst zu nehmen und etwas
von der Zuversicht herüberzubrin-
gen, dass Gott ein liebendes Gegen-
über aller Menschen ist.“

Die anschließende Neuwahl des
EAK-Vorstands bestätigte Hella Wel-
ker einstimmig zur Vorsitzenden so-
wie zu ihren Stellvertretern Staats-
sekretär a.D. **Arndt-Peter Koep-
pen**, Stadtverordnete **Hilde Krauß**
und Richter am Oberlandesgericht
Dr. Klaus Maier. Schriftführer wurde
Bankkaufmann **Thomas Kirchner**.
Neben Altmitglied **Gisela Stamm**
weist der Vorstand als Beisitzer drei
neue Gesichter auf: Diplom-Betriebs-
wirt und Mitglied des Hessischen
Landtags **Ulrich Caspar** MdL, Schrei-
nermeister **Walter Fix** und Bank-
direktor i.R. **Bernhard Klinzing**, der
auch Vorsitzender der Regional-
versammlung des Evangelischen Re-
gionalverbandes ist. Auch diese Wah-
len erfolgten ohne Gegenstimmen.

Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!

Mit Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble,
Bischof Peter Krug, Christian Wulff, Thomas Rachel,
Richard von Weizsäcker und vielen anderen mehr.

Zum Preis von 9,80 Euro (inkl. Porto – und Versandkosten). ISBN 3-00-016340-9

Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK),
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de



geber: Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · Konto: Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!



Zur Freiheit hat uns Christus befreit!
So steht nun fest und lasst euch nicht wieder
das Joch der Knechtschaft auflegen! (Gal 5,1)

Freiheit – dieser Begriff löst Assoziationen aus. Freiheit bedeutet eine Lösung von dem, was den Menschen einengt. Freiheit eröffnet Möglichkeiten. In Freiheit kann der Mensch Grenzen überschreiten, er kann sogar sich selbst überschreiten. Nicht wenige

Menschen verbinden mit Freiheit vor allem Vorstellungen von Individualität und Selbstverwirklichung: „Wer bin ich, und wie will ich leben?“ Dabei spielt auch die Frage nach der eigenen Weltanschauung eine wichtige Rolle: „Woran glaube ich, was vermittelt mir Sinn?“

Keine dieser Fragen lässt sich heute in unserer Gesellschaft mehr selbstverständlich beantworten. Wir haben uns weitgehend von Vorgaben und Traditionen befreit. Wir können unseren Beruf, unsere Familienform und unsere Weltanschauung frei wählen. Wir haben die Freiheit, unser Leben selbstbestimmt zu gestalten, sogar unsere Identität selbst zu entwerfen.

Der Apostel Paulus ermahnt uns im Galaterbrief, die Freiheit nicht wieder aufzugeben, die wir durch Jesus Christus haben. Er hat uns befreit, und wir sollen uns nicht wieder unfrei machen lassen. Wovon hat uns Jesus Christus befreit? Theologisch gesprochen lautet die Antwort zunächst: Von der Unterworfenheit unter die Sünde. Doch wie lässt sich die Sünde fassen? Wiederum theologisch gesprochen ist die Sünde die Entfernung bzw. Entfremdung von Gott. Solche Entfremdung kommt darin

zum Ausdruck, dass der Mensch die Unverfügbarkeit seines Lebens nicht Gott anvertraut. Was bedeutet das?

Der christliche Glaube vertraut darauf, dass jeder Mensch seine individuelle Identität von Gott seinem Schöpfer erhält. Der Mensch muss sich nicht selbst entwerfen und definieren, er muss seine Person und Persönlichkeit nicht selbst individuell gestalten. Beim Propheten Jesaja spricht Gott: Ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein. (Jes 43,1) Schlicht und ergreifend. Gott zu vertrauen bedeutet demnach, darauf zu vertrauen, dass Gott jedem Menschen seine eigene Identität und Individualität geschenkt hat.

Christus hat uns nicht nur von etwas befreit, sondern vor allem zu etwas. Er hat uns von der Sorge um unsere Identität und Individualität befreit, und durch ihn haben wir die Freiheit zur Gemeinschaft. Vielleicht würde Paulus unserer Gesellschaft heute zurufen: „Vertraut darauf, dass Gott euch Individualität geschenkt hat. Habt Mut, euch verantwortlich in die Gemeinschaft hinein zu stellen! Ihr gelte eure Sorge! Dazu seid ihr frei.“

In dieser Freiheit können wir uns verwirklichen, indem wir – theologisch gesprochen – das Reich Gottes verwirklichen. Wir sind frei, von uns selbst abzusehen und stattdessen auf den anderen und seine Bedürfnisse zu schauen, um gerade darin uns selbst zu finden und unser individuelles, von Gott geschenktes Menschsein zu verwirklichen. Das ist die Freiheit, zu der uns Christus befreit hat.

Valeska Basse

Unsere Autoren:

Hartwig Fischer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Klaus Weigelt
Albertstr. 11
93047 Regensburg

Jo Krummacher MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Valeska Basse
Vikarin der EKBO
Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin